



Der Gegenwind wird zunehmen

Warum US-Geschäfte ab nächstem Jahr für Schweizer Firmen schwerer werden könnten – und deren Mitarbeitende trotz Trump für die Republikaner spenden

VON FABIAN HOCK

Donald Trump einen streitbaren Kandidaten zu nennen, wäre wohl die Untertreibung des Jahres. Der Mann, der sich selbst «The Donald» nennt, polarisiert wie kaum ein Bewerber um das mächtigste Amt der Welt zuvor. «Die einfachen Leute lieben mich», sagt er selbst. Weite Teile der Wirtschaft dagegen fürchten sich vor ihm.

Die Schweizer Wirtschaft ist ebenfalls alarmiert: Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer sagte kürzlich dem «Blick», dass er Trump für «unberechenbar» hält. Auch wenn ihm keiner der beiden Kandidaten wirklich am Herzen liege – Karrer würde Clinton wählen. Und das aus gutem Grund: Das Freihandelsabkommen mit der EU, von dem auch die Schweiz profitieren könnte, wäre mit einem Präsidenten Trump wohl begrabener. Und dieser geht noch weiter: Der Immobilien-Mogul hat es besonders auf die Konzerne abgesehen. Ihnen will er viel genauer auf die Finger schauen – und ihren Handlungsspielraum stark eingrenzen.

Spendenfreudige Mitarbeiter

Die ausländischen Unternehmen sind zum Zuschauen verdammt. In den Wahlkampf eingreifen dürfen sie

nicht. Das gilt jedoch nicht für deren Mitarbeiter: Jene mit US-Pass können sich in den US-Niederlassungen in sogenannten PACs, in Political Action Committees, organisieren und Geld spenden. Davon haben bislang einige regen Gebrauch gemacht. Mehr als zwei Millionen Dollar steckten US-Mitarbeiter von Schweizer Firmen schon in den Wahlkampf. Gemessen an den Milliardensummen, die die Wahlkampagnen verschlingen, scheint das nicht viel. Der Ländervergleich zeigt jedoch, wie gross die Schweizer Interessen in den USA sind: Nach Grossbritannien und knapp hinter Deutschland belegen die Schweizer PACs den dritten Rang in Sachen Spendenfreudigkeit.

Die Mitarbeiter von Schweizer Firmen unterstützen dabei nicht direkt einen der beiden Präsidentschaftskandidaten. Sie konzentrieren sich auf die Bewerber um die Sitze im Repräsentantenhaus und im Senat sowie auf die Parteien. Zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen wird auch der Kongress neu zusammengesetzt – das Repräsentantenhaus komplett, der Senat zu einem Drittel.

Was angesichts der umgreifenden Verunsicherung rund um einen möglichen Präsidenten Trump erstaunt: Grossmehrheitlich unterstützen die Angestellten der Schweizer Multis die Republikaner. Dies geht aus öf-

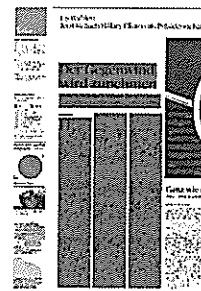
fentlichen Zahlen hervor, die das Center for Responsive Politics zusammengeschasst und aufbereitet hat.

UBS-Mitarbeiter weit vorne

Die Angestellten der UBS zahlen demnach am meisten. Und zwar mit Abstand: Über das PAC «UBS Americas» schossen die Grossbank-Mitarbeiter bisher fast eine Million Dollar in den US-Wahlkampf. Damit sind sie auch länderübergreifend an der Spitze. Das Verhältnis zwischen Republikanern und Demokraten: 60:40. Hält die Bank Wort, dürfte dies jedoch nur ein vorübergehender Zustand sein. Auf Anfrage lässt die UBS wissen: «Das UBS Political Action Committee unterstützt Kandidaten beider Parteien gleichermassen, denn wir suchen in politischen The-

2,2

Millionen Dollar spendeten die Mitarbeiter von Schweizer Multis in den USA laut CRP bisher für den US-Wahlkampf. Rund 60 Prozent des Geldes ging an die Republikaner.



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.chMedienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'309
Erscheinungsweise: 6x wöchentlichThemen-Nr.: 272.003
Abo-Nr.: 272003
Seite: 2
Fläche: 63'283 mm²

men den Dialog sowohl mit dem Repräsentantenhaus als auch mit dem Senat.» Gut möglich, dass sich das Verhältnis also noch verschiebt.

Bei anderen ist der Unterschied deutlicher: Die Mitarbeiter des Zementkonzerns Lafarge-Holcim kommen bislang laut eigenen Angaben auf knapp 130 000 Dollar. Das CRP weist zwei PACs aus: eines hinter dem Lafarge steht und eines für Holcim. Letzteres kommt auf eine Summe von rund 67 000 Dollar. 50 000 Dollar gingen laut CRP dabei an republikanische Kandidaten, nur 17 000 Dollar an Demokraten. Beim anderen PAC sieht das Verhältnis ähnlich aus. Lafarge-Holcim betont: Als Unternehmen unterstütze man «grundsätzlich keine politischen Parteien in den USA». Mitarbeitende handelten hier eigenverantwortlich. «Wen sie unterstützen, ist ihre eigene persönliche Entscheidung».

Interessantes Detail: Unter den Spendern findet sich auch ein gewisser Eric Olsen - der CEO des Konzerns. Dazu Lafarge-Holcim: «In der Vergangenheit hat Eric Olsen als US-Staatsbürger an unser PAC gespendet. Diese Beiträge - die öffentlich einsehbar sind - liegen bei etwas weniger als 3000 Dollar für den gegenwärtigen zweijährigen Wahlzyklus.» In seiner neuen Funktion als CEO habe er keine Beiträge geleistet.

Bei den PACs von Nestlé, Roche, ABB und der Zurich-Tochter Farmers sieht es ähnlich aus wie bei Lafarge-Holcim: Für republikanische Kandidaten wird mehr Geld ausgegeben. Trotz Trump.

Dass die US-Mitarbeiter von Schweizer Unternehmen vermehrt für die Republikaner spenden, erklärt sich Martin Naville, CEO der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, so: Die meisten seien zwar interessiert am Präsidentschaftswahlkampf, doch sie wüssten, dass die für sie wichtigen politischen Entscheide zum grossen Teil in den Wahlkreisen und Staaten gefällt würden. «Die Leute beschäftigen sich damit, wer sie in ihrem District vertritt», sagt Naville.

Das bedeutet jedoch auch: freie Hand für einen möglichen Präsidenten Trump. Denn dieser hätte mit einem republikanischen Kongress weniger Mühe als mit einem demokratischen.

Dünnere Luft

Klar scheint indes, dass es härter wird für ausländische Firmen - egal, wer ins Weisse Haus einzieht. Den Schweizer Firmen, betont Martin Naville, sei es unter den Präsidenten Bush und Obama besonders gut ergangen. Er erwartet nun stärkeren Gegenwind. Im Falle Trump würden wohl die heimischen Unternehmen

stärker protegiert werden, was es für ausländische Firmen schwerer machen könnte, ihre Produkte zu verkaufen. Doch auch die Demokratin Clinton, die sich als erste Frau um den Platz hinter dem Schreibtisch des Oval Office bewirbt, habe Ideen, die nicht gut fürs Geschäft wären, warnt Naville. Demnach könnte sie versuchen, an den Preisen für Pharmaprodukte zu drehen und die Banken aufzubrechen. «Zusätzlich geben sich beide als Opponenten von internationalen Handelsverträgen.»

Allzu grosse Sorgen müssten sich die Firmen aber wohl nicht machen. Naville geht zwar davon aus, dass sich die Bedingungen verglichen mit den letzten Jahren verschlechtern könnten. Doch erst mal im Amt, würden sich sowohl Clinton als auch Trump wohl der Realität nähern und ihre Programme zurückschrauben.

Dass der Gegenwind für die Wirtschaft insgesamt stärker werden könnte, glaubt die US-Bank Morgan Stanley. Beide Kandidaten hätten politische Programme, die nach Umsetzung die Grundlagen der US-Konjunkturaussichten genauso verschieben würden wie die Entwicklung von Aktien, Preisen, Wechselkursen und des Wohnungs- und Kreditmarktes. Einzig beruhigt, dass die Veränderungen wohl nicht auf einen Schlag kämen, sondern schrittweise.